



Unternehmensfinanzierung AKTUELL

3. Juni 2021

- *Mittelstand und Industrie haben in weiten Teilen die Krise hinter sich gelassen und blicken – ausgestattet mit ausreichend Liquidität – optimistisch nach vorne. Die Situation in den von der Pandemie unmittelbar betroffenen Branchen bleibt weiter prekär, doch verstärkt sich auch hier bei vielen der Hoffnungsschimmer.*
- *Die Kreditvergabe stagniert weiter – mit einer Normalisierung ist frühestens Ende des Jahres zu rechnen. Unternehmen mit Fremdfinanzierungsbedarf müssen gleichwohl nicht um den Zugang zu Krediten bangen – dieser bleibt aus Banken- und Unternehmenssicht gerade auch im europäischen Vergleich weiter stabil.*
- *Damit Banken ihrer zgedachten Rolle als Finanzierer der anziehenden Wirtschaft gerecht werden können, müssen Hindernisse unter anderem bei der Ausgestaltung der finalen Baseler Regeln aus dem Weg geräumt werden.*
- *Mit Wiederaufnahme der regulären Insolvenzantragspflicht ist ein weiteres wichtiges Signal der Normalisierung gesetzt. Diese neuerliche Klarheit ist für Banken und andere Geschäftspartner – auch Unternehmen – essenziell. Eine bedrohliche Insolvenz-Welle erscheint gegenwärtig vorerst unrealistisch.*
- *Um die transformationsbedingten Investitionen in den nächsten zehn Jahren stemmen zu können, bedarf es einer Kombination aus starken Banken, effizienten Kapitalmärkten und präzisen Förderinstrumenten. Hier sollte auf umfangreiche Erfahrungen aus der jüngsten Krise zurückgegriffen werden.*

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| 1. Ausblick auf die Lage der Wirtschaft und der Banken | 2 |
| 1.1 Ökonomische Lage im ersten Halbjahr 2021 | 2 |
| 1.2 Rahmenbedingungen der Banken | 3 |
| 1.3 Impulse aus dem Außenhandel | 5 |
| 2. Lage der Unternehmensfinanzierung | 6 |
| 2.1 Unternehmen blicken optimistischer in das zweite Halbjahr 2021 | 6 |
| 2.2 Kreditvergabe und Kreditzugang stabil – Nachfrage bleibt schwach..... | 7 |
| 2.3 Normalisierung der Regeln für Insolvenzanträge wichtiges Signal | 9 |
| 2.4 Von der Krisenbewältigung zur Transformation | 10 |
| 2.5 Exkurs: Unternehmensfinanzierung in der Eurozone | 11 |
| 3. Positionen des Bankenverbands zur Bundestagswahl | 14 |

1. Ausblick auf die Lage der Wirtschaft und der Banken

1.1 Ökonomische Lage im ersten Halbjahr 2021

Die Aussichten für die Weltwirtschaft haben sich im Frühjahr 2021 weiter verbessert. Neben massiven geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen haben dazu auch die vergleichsweise raschen Impffortschritte in den USA beigetragen. In Europa ist die Zahl der Neuinfektionen rückläufig und die Massenimpfungen kommen deutlich schneller voran.

Weltwirtschaft gewinnt deutlich an Fahrt

Der Internationale Währungsfonds hat zuletzt seine Wachstumsprognose für die Weltwirtschaft für dieses Jahr noch einmal erhöht. Der Fonds rechnet inzwischen mit einem globalen Wirtschaftswachstum von 6 % – nach einem historischen Einbruch von 3,3 % im Jahr 2020. Dieser Zuwachs wäre der stärkste in den letzten vier Dekaden. Aber auch der für das kommende Jahr prognostizierte Anstieg der globalen Wirtschaftsleistung von 4,4 % liegt deutlich über dem jährlichen Durchschnitt der letzten Dekade (3,7 %).

Trotz der positiven Aussichten für die Weltwirtschaft zeigt sich, dass die wirtschaftliche Erholung nicht gleichförmig erfolgen wird. Die meisten Industriestaaten werden sich voraussichtlich schneller erholen als die Schwellenländer (mit Ausnahme Chinas). Besonders starke Impulse erhält die Weltwirtschaft in diesem Jahr von China und den USA. China hatte das Vorpandemieniveau beim Bruttoinlandsprodukt bereits im Herbst 2020 wieder erreicht. Die USA verzeichneten im ersten Quartal 2021 einen sehr kräftigen Anstieg der Wirtschaftsleistung (+1,6 % gegenüber dem Vorquartal). Hier dürfte das Vorpandemieniveau im zweiten Quartal dieses Jahres erreicht werden. Im gesamten Jahr 2021 wird in den USA inzwischen ein Wirtschaftswachstum von 6 bis 6 ½ % erwartet.

Deutschland und der Euroraum hinken hinterher

Deutschland und der Euroraum hinken der positiven Entwicklung der Weltwirtschaft erkennbar hinterher. Ebenso wie zahlreiche weitere Staaten, wurde der Euroraum besonders von der zweiten und dritten Infektionswelle hart getroffen. In Deutschland ist das Bruttoinlandsprodukt in den ersten drei Monaten dieses Jahres besonders deutlich gesunken. Zwar wurde im Vorfeld einhellig mit einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung gerechnet, mit -1,8 % gegenüber dem Vorquartal fiel er aber noch stärker aus als erwartet. Auch im Vergleich zur Entwicklung im gesamten Euroraum (-0,6 % ggü. Vorquartal) war das Minus in Deutschland zum Jahresbeginn auffällig stark.

Erholung steht in den Startlöchern

Mit der fallenden Infektionsrate sind bereits erste Beschränkungen gelockert worden, weshalb für das laufende Quartal mit einem moderaten Wachstum der deutschen Wirtschaft gerechnet wird. Unter der Annahme einer dann recht hohen Impfquote und weitgehend aufgehobenen Beschränkungen, dürfte sich im Laufe des zweiten Halbjahres 2021 das Wirtschaftswachstum in Deutschland dann deutlich beschleunigen. Kräftige Nachholeffekte beim privaten Konsum und die sehr dynamische Weltwirtschaft sollten dann für zusätzlichen Schwung sorgen. Trotz des sehr schlechten Jahresauftakts ist für das gesamte Jahr 2021 in Deutschland weiterhin mit einem Wirtschaftswachstum von gut

3 ½ % zurechnen. Im nächsten Jahr könnte die Wachstumsrate sogar bei mehr als 4 % liegen.

Langfristiges Wachstum nach der Pandemie

Die prognostizierte wirtschaftliche Erholung darf jedoch kein Strohfeuer sein, sondern muss zu einem umfassenden Aufbruch werden. Daher braucht es entschlossene wirtschaftspolitische Weichenstellungen, die den Wachstumstrend erhöhen und die helfen, den strukturellen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit und Digitalisierung erfolgreich zu bewältigen. Für beide Herausforderungen sind vor allem umfangreiche Investitionen nötig. Doch in Deutschland bestand bereits vor der COVID-Pandemie eine strukturelle Investitionsschwäche sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor. Besonders deutlich wurde das während der COVID-Pandemie im Bereich der Digitalisierung. Für den notwendigen Strukturwandel reicht es daher nicht, auf Nachholeffekte bei den während der COVID-Pandemie zurückgestellten Investitionen zu setzen. Deutschland und auch der Euroraum brauchen eine umfangreiche Investitionsoffensive, bei der die beispielsweise aus dem Europäischen Wiederaufbaufonds (NextGenerationEU) erhofften Investitionen im Umfang von 750 Mrd. Euro nur ein Anfang sein können. Neben der Bereitstellung solcher Co-Finanzierungen müssen prinzipiell die Rahmenbedingungen für Investitionen umfassend verbessert werden.

1.2 Rahmenbedingungen der Banken

Bei der Finanzierung der benötigten Investitionen werden die Banken eine entscheidende Rolle spielen. Bereits während der COVID-Pandemie haben sie die Kreditversorgung aufrechterhalten. Dazu haben neben der Geldpolitik die staatlichen Hilfen für Unternehmen und Selbständige sowie die Aufsicht mit einer situationsgerechten Anpassung der Regulatorik beigetragen. Bei den regulatorischen Anpassungen ging es häufig darum, prozyklische Effekte zu vermeiden.

Die Banken in Deutschland wollen auch weiterhin mit umfangreichen, günstigen und verlässlichen Finanzierungen an der Seite ihrer Kunden stehen, um die Wirtschaft im Aufschwung zu finanzieren. Gerade private Banken stehen dabei in ihrer Vielfalt und aufgrund ihrer Expertise, Markterfahrung und Größe ihren Kunden regional und global zur Verfügung. Dafür braucht es aber starke, rentable und auch international wettbewerbsfähige Banken, weshalb die Bemühungen um einen stärker integrierten europäischen Finanzbinnenmarkt mit Nachdruck vorangetrieben werden sollten. Außerdem sollten die aktuellen Sonderlasten des Bankensektors kritisch geprüft werden. Das gilt insbesondere für die, vor allem durch die extrem expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) getriebene, Bankenabgabe oder die hohen Belastungen der Banken durch die Negativzinszahlungen an die EZB. Darüber hinaus sollten die regulatorischen Anpassungen aus der COVID-Pandemie wie das befristete Aussetzen der Stresstests nicht vorschnell zurückgenommen werden, um die für den wirtschaftlichen Aufschwung notwendige Kreditvergabe nicht zu beschränken.

Banken sind weiter stabil aufgestellt...

Entgegen den Erwartungen Ende 2020 sind in deutschen Banken bislang keine negativen Veränderungen bei den Volumina ausfallgefährdeter Kredite ersichtlich. Vielmehr lassen sich sogar – unter anderem ausweislich der bisherigen Quartalsergebnisse der Banken (nicht nur in Deutschland, sondern in Europa generell) – Verbesserungen erkennen. So haben nunmehr viele Banken weniger zusätzliche Risikovorsorge für ausfallgefährdete Kredite bilden müssen als im Vorjahr. Auch wenn in der Zukunft vermutlich mit einem Anstieg von Unternehmensinsolvenzen zu rechnen ist, sind die Banken auf eine mögliche Verschlechterung vorbereitet. Zum einen haben sie ihre Kapitalpuffer deutlich erhöht, zum anderen haben sie sich durch eine höhere Risikovorsorge für mögliche Ausfälle gewappnet.

... wichtig jedoch, dass Hindernisse bei der Finanzierung beseitigt werden

Die Banken möchten den Verbrauchern und Unternehmen auch weiterhin bei der Bewältigung der Krise zur Seite stehen. Dies gilt auch bei der Finanzierung des Strukturwandels. Hierfür ist jedoch ein hohes Finanzierungsvolumen notwendig, das zu einem großen Teil durch die Banken bereitgestellt wird bzw. noch werden muss. Auch wenn die Investitionstätigkeit derzeit eher rückläufig ist, ist in Zukunft mit einem deutlichen Anstieg zu rechnen. Dazu ist es notwendig, frühzeitig und schnell mögliche Hindernisse für die Banken bei der Finanzierung der Wirtschaft beiseite zu räumen. Hierfür bietet sich die für den Herbst 2021 erwartete Änderung der Capital Requirements Regulation (CRR) an, mit der die finalen Baseler Regeln umgesetzt werden sollen. Folgende Aspekte sollten dabei angegangen werden, um die Handlungsfähigkeit der Banken und somit die Kreditvergabe Kapazität zu verbessern:

- Banken sollte ein besseres Management von notleidenden Krediten (Non-Performing Loans, NPL) ermöglicht werden – dies würde auch die Restrukturierung von Krediten im Sinne der Unternehmen unterstützen.
- Rekalibrierung des Standardansatzes für Kontrahentenausfallrisiken (SA-CCR) – hierdurch würden auch die Absicherungskosten von Unternehmen gegen Marktrisiken (z. B. Zinsänderungen, Wechselkurse, Rohstoffpreise) niedriger ausfallen.
- Proportionalere Ausgestaltung der Regulierung von kleinen und mittleren Banken, etwa durch eine weniger restriktive Definition von „kleinen nicht-komplexen Instituten“.
- Berücksichtigung von EU-Besonderheiten bei der Umsetzung von Basel IV.

1.3 Impulse aus dem Außenhandel

Deutsche Exporte sind – mit einer Exportquote von rund 44 % (2020) – ein wichtiger Faktor für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit letztlich auch für das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung in Deutschland.

Aufschwung und neue Herausforderungen der Exportwirtschaft zeichnen sich ab

Im März 2020 wurden die ersten einschränkenden Maßnahmen als Reaktion auf die COVID-Pandemie beschlossen. Folge war ein pandemiebedingter Einbruch der Exporte um 9,3 % (im Vergleich zum Vorjahresniveau), welcher sich auf den Verlauf des Wirtschaftswachstums in Deutschland ausgewirkt hat. Allerdings erholte sich die Exportwirtschaft in Deutschland insoweit, dass diese im März 2021 mit 111,5 Mrd. Euro Exportwert (kalender- und saisonbereinigt) fast wieder das Niveau von Februar 2020 (112,5 Mrd. Euro), dem letzten Monat vor Einsetzung der Corona-Maßnahmen, erreichten. Ursächlich dafür sind unter anderem der Wirtschaftsaufschwung der wichtigsten deutschen Handelspartner. Die USA (anteilig rund 9 % des deutschen Exports) und China (anteilig rund 8 % des deutschen Exports) stellen zum einen wichtige Märkte für deutsche Exporteure dar, zum anderen sind diese die größten Wettbewerber bei der Erschließung neuer Märkte. Bereits vor der COVID-Pandemie stand die exportwirtschaftliche Entwicklung vor Herausforderungen, geprägt durch strukturelle Veränderungen. Diese führen insbesondere zu einem Transformationsdruck hin zu einem nachhaltigen Handel. So findet sich der Nachhaltigkeitsaspekt der Außenwirtschaftsfinanzierung auch in der aktuellen Sustainable Finance-Strategie Deutschlands.

Finanzierung und Absicherung als entscheidende Erfolgskriterien – private Banken essenziell für die Exportfinanzierung

Eine starke Positionierung im Wettbewerb setzt nicht ausschließlich konkurrenzfähige Produkte voraus, sondern auch entsprechende Rahmenbedingungen. Entscheidender Indikator für den erfolgreichen Vertragsabschluss exportierender Unternehmen ist daher auch die Finanzierung des Geschäfts und dessen Risikoabsicherung. Der Exporteur verschafft sich somit einen Wettbewerbsvorteil, da er dem Importeur die passende Finanzierung „mitliefert“. Die deutsche Kreditwirtschaft stellt entsprechende Finanzierungsinstrumente zur Verfügung, welche die mit dem Geschäft verbundenen Risiken unter anderem über das Deckungsinstrumentarium von Euler Hermes absichert. Mit diesen werden wirtschaftliche und politische Risiken von Exporten insbesondere in Emerging Markets abgesichert. Dazu zählen auch Corona-bedingte Zahlungs-, Liefer- und Abnahmeschwierigkeiten. Banken übernehmen nicht nur die Zahlungsabwicklung, sondern auch die Absicherung dieser Risiken. Dazu zählen unter anderem das Dokumenteninkasso oder -akkreditiv. Mittel- bis langfristige Exporte werden durch Lieferantenkredite mit Forfaitierung (an die Bank durch den Exporteur) oder Bestellerkredite an den ausländischen Besteller bzw. deren Bank durch deutsche Kreditinstitute begleitet und finanziert, welche wiederum durch Bankinstrumente abgesichert werden können. Die Finanzierung des deutschen Exports [Exportvolumens] läuft zu 90 % über private Banken.

2. Lage der Unternehmensfinanzierung

2.1 Unternehmen blicken optimistischer in das zweite Halbjahr 2021

Im zweiten Corona-Jahr scheint sich die Zweiteilung der deutschen Wirtschaft zu festigen. Parallel zu den optimistischen volkswirtschaftlichen Signalen für das zweite Halbjahr 2021 sowie den aktuellen Impffortschritten und damit verbundenen Lockerungen scheint für ein Gros der Unternehmen der Krisenmodus allmählich überstanden.

Zweiteilung der Wirtschaft setzt sich fort...

Der Fokus richtet sich nun verstärkt auf Wachstum und Transformation. Insbesondere der industrielle Mittelstand ist mit hohen Eigenkapitalquoten und zugleich günstigen Finanzierungsbedingungen – nicht zuletzt durch die gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte III (TLTRO) der EZB – in die Krise gestartet und recht solide durch die einzelnen Pandemie-Wellen gekommen. Entsprechend zuversichtlich sind aktuelle Erwartungen für das zweite Halbjahr 2021 und weisen die Signale laut KfW-ifo-Mittelstandsbarometer insbesondere im Mittelstand in Richtung Aufschwung und Wachstum. Eingetrübt wird dieses Bild gleichwohl von den weiterhin empfindlich getroffenen Branchen wie beispielsweise Gastronomie, Einzelhandel oder Reisewirtschaft, die trotz der sich abzeichnenden Normalisierungsperspektive weiterhin mit massiven Unsicherheiten konfrontiert sind. Wenig überraschend befindet sich deren Geschäftsklimaindex auf dem tiefsten Stand seit 2009.

... und dämpft vorerst weiter die Kreditnachfrage

Beide Ausprägungen sind gleichermaßen Auslöser für eine weiterhin zurückhaltende Kreditnachfrage sowie eine ausgebremschte Investitionsbereitschaft. Während Mittelständler und Industrie zunächst auf ungezogene Kreditlinien zurückgreifen können und als Indikator einer Vorwärtsperspektive bereits verstärkte Aktivitäten im M&A-Bereich zu verzeichnen sind, bangen die von der COVID-Pandemie unmittelbar betroffenen Betriebe um ihre Geschäftsmodelle und zögern in dieser Situation Fremdfinanzierungen so lange wie möglich hinaus. Entsprechend heterogen fallen die Erwartungen für das zweite Halbjahr 2021 aus. Einerseits kann von einem deutlichen Aufholen nicht-getätigter Investitionen sowie verstärkter Konzentration auf Finanzierungen des Strukturwandels ausgegangen werden, der jede verfügbare Finanzierungsoption benötigen wird, sobald die eigene Liquidität der Unternehmen aufgebraucht ist. Andererseits wird es Branchen und Geschäftsmodelle geben, die die dauerhaften Folgen der COVID-Pandemie einschließlich Marktbereinigungen zu spüren bekommen.

Vereinzelte ist davon auszugehen, dass die Jahresabschlüsse 2020 einzelner Unternehmen Verluste aufdecken, die deren Eigenkapitalquoten verschlechtern und die künftige Kapitaldienstfähigkeit reduzieren. Auch muss im Blick behalten werden, wie jene Unternehmen, die staatliche Liquiditätshilfen in Anspruch genommen haben, nach Ablauf der bis zu zwei tilgungsfreien Jahren die Rückzahlung der Darlehen bewerkstelligen können oder ob Refinanzierungen oder gar Restrukturierungen notwendig sind. Eine signifikante Verschlechterung der Ratings kann – auch aufgrund der unterjährigen sukzessiven Anpassungen – gegenwärtig aber nicht konstatiert werden.

2.2 Kreditvergabe und Kreditzugang stabil – Nachfrage bleibt schwach

Schwache Kreditnachfrage hält noch an...

Im ersten Quartal 2021 hat sich das ausstehende Kreditvolumen von Unternehmen und Selbstständigen mit einem Zuwachs von knapp 2 % gegenüber Vorquartal durchaus beachtlich entwickelt, doch ist eine Trendwende gegenwärtig noch nicht erkennbar. Zu differenziert sind dafür die Entwicklungen sowohl in den verschiedenen Banksektoren als auch bezüglich der Laufzeiten: Während die mittel- und langfristigen Kredite moderat ansteigen (+2,3 % bzw. 0,4 %), ziehen die kurzfristigen Kredite zuletzt wieder deutlich an (+8,1 %). Zwar liegen diese noch weit entfernt von den Ausschlägen von Q1/2020, doch wird damit zumindest der über ein Jahr andauernde Rückgang abrupt gestoppt. Unverändert auf Wachstumskurs sind die Unternehmenskredite für Wohnungsbau und reihen sich damit ein in den ungebrochenen Boom der Baufinanzierung.

Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige (Ohne Wohnungsbau sowie ohne Finanzierungsinstitutionen und Versicherungen)

| Quartal | Insgesamt* | Kreditbanken | Spar-kassen | Landesbanken | Kreditgenossen |
|---|------------|--------------|-------------|--------------|----------------|
| Stand Quartalsende in Mrd. € | | | | | |
| Q4/2019 | 974,39 | 294,04 | 280,82 | 114,17 | 201,19 |
| Q1/2020 | 1.000,52 | 306,02 | 284,67 | 116,35 | 204,36 |
| Q2/2020 | 1.015,06 | 309,15 | 287,96 | 115,41 | 206,63 |
| Q3/2020 | 1.008,45 | 296,74 | 290,47 | 113,00 | 209,72 |
| Q4/2020 | 1.004,14 | 289,98 | 292,00 | 109,75 | 211,86 |
| Q1/2021 | 1.023,56 | 296,39 | 294,22 | 116,00 | 215,42 |
| Veränderung gegenüber Vorjahr (in %) | | | | | |
| Q4/2019 | 4,9 | 4,2 | 4,4 | 1,1 | 6,1 |
| Q1/2020 | 5,7 | 5,4 | 4,3 | 2,5 | 5,2 |
| Q2/2020 | 5,2 | 3,0 | 4,4 | 1,2 | 4,6 |
| Q3/2020 | 4,2 | 0,9 | 4,2 | -1,7 | 4,9 |
| Q4/2020 | 3,6 | -1,4 | 4,0 | -3,5 | 5,3 |
| Q1/2021 | 2,3 | -3,1 | 3,4 | -0,3 | 5,4 |
| Nachrichtlich: Veränderungen gegenüber Vorquartal (in %) | | | | | |
| Q4/2019 | 0,1 | 0,0 | 0,7 | -1,0 | 0,7 |
| Q1/2020 | 3,2 | 4,1 | 1,4 | 2,3 | 1,6 |
| Q2/2020 | 1,5 | 1,0 | 1,2 | -0,8 | 1,1 |
| Q3/2020 | -0,7 | -4,0 | 0,9 | -2,1 | 1,5 |
| Q4/2020 | -0,4 | -2,3 | 0,5 | -2,9 | 1,0 |
| Q1/2021 | 1,9 | 2,2 | 0,8 | 5,7 | 1,7 |

*Zum Berichtskreis gehören zusätzlich Realkreditinstitute, Bausparkassen und Banken mit Sonderaufgaben.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Mai 2021

Im Vergleich zum Vorquartal konnten private Banken im ersten Quartal 2021 ihr Kreditvolumen um 2,2 % ausbauen. Bei den Großbanken beläuft sich der Zuwachs gar auf 3,2 %. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum – und damit dem Beginn der COVID-

Pandemie im ersten Quartal 2020 – geht das ausstehende Kreditvolumen der privaten Banken hingegen um 3,1 % zurück.

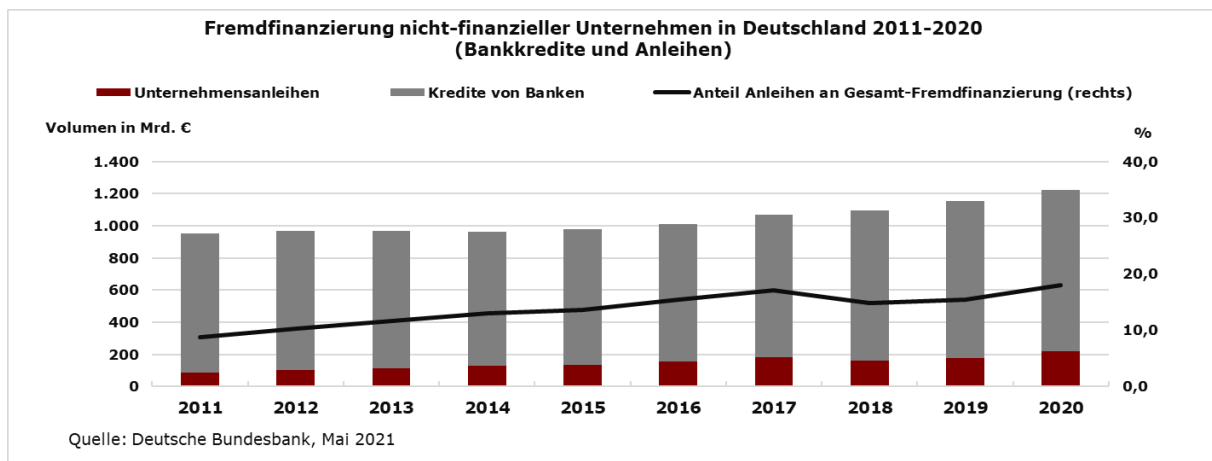
Aus Sicht der Unternehmen in Deutschland wird die Einschätzung zurückhaltender Nachfrage geteilt: Laut aktueller KfW-ifo-Kredithürde ist der Anteil der Unternehmen in Kreditverhandlungen im ersten Quartal 2021 weiter leicht zurückgegangen (Mittelstand) bzw. stagniert auf niedrigem Niveau (Großunternehmen). Dies könnten nach den deutlichen Rückgängen der letzten Monate auch schon Signale für eine bevorstehende Trendumkehr sein, ausgelöst durch den wachsenden Finanzierungsbedarf beispielsweise im Verarbeitenden Gewerbe sowie der steigenden Exportnachfrage. Zusätzliche Anreize könnten dabei durch die weiterhin niedrigen Effektivzinssätze an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften geschaffen werden, die sowohl über als auch unter der Schwelle von 1 Mio. Euro ein Abflachen bzw. gar einen vierjährigen Tiefstand verzeichnen. Mit der Überwindung der Unsicherheit kann von einem wachsenden Fremdfinanzierungsbedarf und damit einhergehend einem Anziehen der Nachfrage nach Unternehmenskrediten ausgegangen werden. Je nach Intensität dieser Nachfrage kann dann letztlich auch ein verlässlicheres Bild über die Verfasstheit, Stabilität und Perspektiven der Unternehmen entstehen, das seit Beginn der COVID-Pandemie und den damit einhergehenden konjunkturellen Maßnahmen verschwommen bzw. verzerrt ist.

...doch bleiben die Zugangsbedingungen unverändert stabil

Parallel zur aktuell zurückhaltenden Nachfrage nach Krediten bleibt in Deutschland der Zugang zu Krediten weiterhin entspannt. Laut der von der EZB durchgeführten Umfrage unter Banken (Bank Lending Survey) blieben die Standards in Deutschland im 1. Quartal 2021 vergleichsweise konstant – anders als in der Eurozone, wo seit dem 3. Quartal 2020 kontinuierlich und markant ansteigende Verschärfungen zu verzeichnen sind. Seitens der Banken ist das vereinzelt Anziehen der Standards dabei mit den steigenden Risiken zu erklären: Wird die Risikobewertung der Unternehmen infolge der Wirtschaftskrise schlechter, müssen Banken die Unternehmenskredite mit mehr Eigenkapital unterlegen und eine höhere Risikovorsorge vornehmen.

Bedeutung der Kapitalmarktfinanzierung und Kapitalmarktunion steigt

Der Kapitalmarkt hat im vergangenen Jahr eine zentrale Rolle dabei gespielt, die Liquiditätssituation größerer Unternehmen zu sichern. Das Gesamtvolumen der Unternehmensanleihen lag im 3. Quartal 2020 rund ein Drittel – knapp 60 Mrd. Euro – über dem Vorjahreswert. Zum Jahresende nahm das Emissionsvolumen leicht ab, stieg aber im 1. Quartal 2021 schon wieder an. Private Banken in Deutschland begleiten 95 % aller Anleiheemissionen. Neben der Vergabe von Bankkrediten und der Vermittlung von Fördermitteln erfüllen sie die Funktion, Unternehmen direkt an den Kapitalmarkt zu begleiten. Sie übernehmen dabei unter anderem die Analyse des Marktumfelds und vermitteln interessierte Investoren. Im vergangenen Jahr stand dabei das breite Ankaufprogramm der EZB zur Verfügung.



Auch die Finanzierung der Transformation wird nur mit Hilfe des Kapitalmarkts gelingen. Hierfür müssen größere und gegebenenfalls mit höheren Risiken behaftete Investitionen als sonst üblich finanziert werden – und das europaweit. Die EU muss daher das Potenzial ihrer Kapitalmärkte stärker ausbauen und ausschöpfen, Stichwort Kapitalmarktunion, um die kapitalsuchenden Emittenten und die kapitalgebenden Anleger angemessen zusammenzuführen. Es bedarf eines vollständig integrierten europäischen Finanzbinnenmarktes, der den Markt attraktiver für ausländische Investoren macht. Sowohl der Wiederaufbau als auch der Green Deal werden nur mit einer funktionierenden Kapitalmarktunion umzusetzen sein. ([Positionspapier des Bankenverbandes zur Kapitalmarktunion](#))

2.3 Normalisierung der Regeln für Insolvenzanträge wichtiges Signal

Ein bedeutendes Zeichen in Richtung Normalisierung stellt das Auslaufen der pandemiebedingten Aussetzung der Insolvenzantragspflicht zum 30. April 2021 dar. Die Aussetzung entsprach zwar einer richtigen und wichtigen Stütze für Unternehmen während der COVID-Pandemie, galt zuletzt aber ohnehin nur noch für jene Unternehmen, die auf die Auszahlung von Überbrückungshilfe warteten. Entsprechend konsequent ist nun die Rückkehr zum regulären Verfahren, auch um einen möglichst genauen Eindruck über den Zustand der Wirtschaft, allen voran der kleinen und mittleren Unternehmen zu erhalten. Diese Transparenz ist auch für reibungslose Geschäftsbeziehungen mit anderen Unternehmen – zum Beispiel Lieferanten – sowie mit den Kunden nötig.

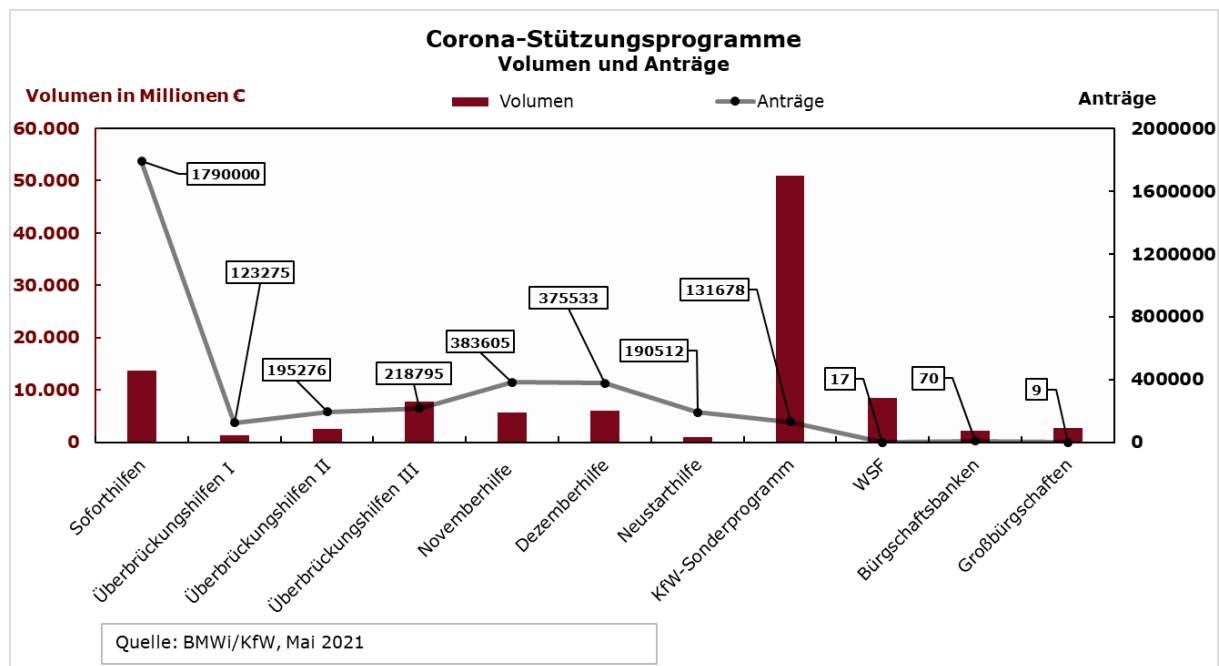
Unterstrichen wird diese temporäre Entkoppelung der Insolvenzentwicklung von der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung durch den Rückgang der Insolvenzanträge für Unternehmen im Krisenjahr 2020 um über 15 % im Vergleich zum Vorjahr. Durch eine weitere Verlängerung der Aussetzung würden bestehende Probleme nicht beseitigt, sondern lediglich weiter verzögert, schließlich ist eine bloße Verhinderung von Insolvenzverfahren noch kein Indiz dafür, dass die Krise überwunden ist. Befürchtungen, wonach nunmehr eine große Insolvenzwelle auf die deutsche Wirtschaft zurollt, erscheinen aus heutiger Sicht unbegründet: Zwar wird die Zahl der Insolvenzen voraussichtlich zunehmen, doch ist eher von einem über mehrere Monate sich hinziehenden Prozess auszugehen, sodass nicht zuletzt auch aufgrund der Verlängerung der KfW-Corona-Hilfen bis

Jahresende sowie der geplanten Verlängerung der Überbrückungshilfe III ebenfalls bis Jahresende erst im Zeitverlauf mit einem moderaten Anstieg gerechnet werden kann.

2.4 Von der Krisenbewältigung zur Transformation

Stützungsprogramme haben sich – auch dank der Hausbanken – bewährt

Mit vereinten Kräften haben Bundes- und Landesregierungen, Förder- und Bürgschaftsbanken sowie die Hausbanken im vergangenen Jahr in kürzester Zeit ein Netz an breiten Liquiditätshilfen und gezielten Zuschüssen aufgespannt und damit den von der COVID-Pandemie betroffenen Unternehmen maßgeblich unter die Arme gegriffen. Die konjunkturellen Maßnahmen wie das Kurzarbeitergeld nicht eingerechnet, umfassen die größtenteils bis Ende dieses Jahres verlängerten und partiell überarbeiteten Unterstützungsmaßnahmen bis dato ein Volumen von etwas über 100 Mrd. Euro. Mit über 50 Mrd. Euro und etwa 130.000 bewilligten Anträgen nehmen die KfW-Corona-Kredite, die von den Hausbanken an die Unternehmen durchgeleitet werden, weiterhin eine wichtige Rolle ein.



Dabei sind die privaten Banken nach wie vor erheblich an der Vergabe der KfW-Kredite beteiligt und haben seit Beginn der Programme 37 % des Gesamtvolumens bei 16 % der Anträge in den verschiedenen Corona-Programmen ausgegeben. Sie sind besonders stark bei großvolumigen Krediten und Konsortialprogrammen, haben aber auch jeden vierten Schnellkredit vermittelt. Gleichwohl hat sich die wöchentliche Antragsquote zuletzt auf eine niedrige vierstellige Anzahl verstetigt, da Unternehmen entweder gegenwärtig keinen Bedarf an Fremdkapital haben oder die nicht-rückzahlbaren Zuschüsse des Bundes präferieren. Letztere summieren sich mittlerweile auf knapp 35 Mrd. Euro, wobei allein seit Ende 2020, dem Beginn des zweiten Lockdowns, über 18 Mrd. Euro bewilligt bzw. ausgezahlt wurden, zuletzt vornehmlich im Rahmen der Überbrückungshilfe III.

Neuaustrichtung der Förderpolitik als wichtiger Bestandteil der Transformation

Mit der sich abzeichnenden Überwindung der Krise rückt der Fokus zunehmend weg von der unmittelbaren Krisenbewältigung hin zum Nachholen der zurückgestellten Investitionen sowie der Finanzierung der Transformation zu einer nachhaltigen und digitalen Wirtschaft. Diese umfassenden Investitionen gehen einher mit enormen Anschubfinanzierungen, höheren bzw. unbekanntem Risiken sowie einem erhöhten Bedarf an Fremd-, Hybrid-, Wagnis- und Eigenkapital. Konsequenterweise kann solch eine umfangreiche Transformation nur durch einen diversifizierten Ansatz aus Kapitalmarkt, Bankkrediten und Förderprogrammen gestemmt werden.

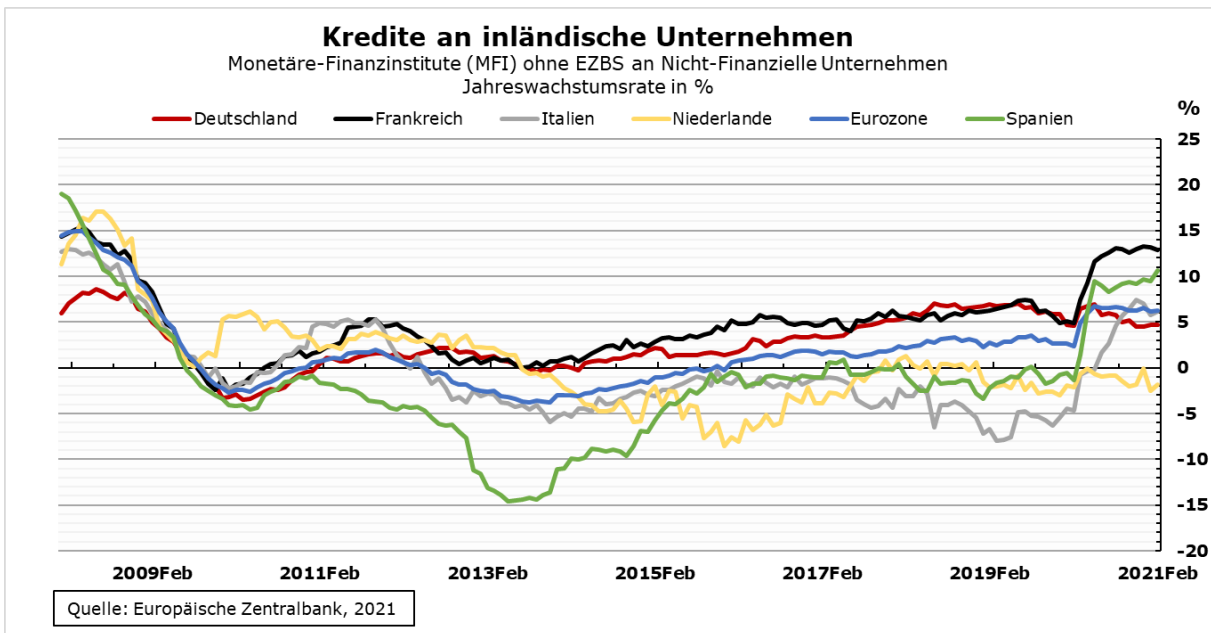
Hier kann und muss auf die Erfahrungen bzw. die Konzeption der Corona-Programme zurückgegriffen und aufgebaut werden, indem beispielsweise die künftigen Förderprogramme einfacher und skalierbarer aufgebaut sind, verstärkt auf Anreize wie öffentliche Risikoteilung in Form einer partiellen Haftungsfreistellung zurückgegriffen wird und die Programme auch für den größeren Mittelstand, sprich über die Umsatzschwelle von 500 Mio. Euro hinaus, zugänglich sind. Ein weiterer wichtiger Baustein wäre die Stärkung der Eigenkapitalbasis für mittlere Unternehmen und größere Mittelständler durch skalierbare, präzise Eigenkapitallösungen im zwei- bis dreistelligen Millionenumfang, die gegenwärtig noch unzureichend ausgestaltet ist.

Angesichts des immensen Investitionsbedarfs für die Transformation und der zuletzt massiv angestiegenen Verschuldung der öffentlichen Hand, welche die Ausgaben in den kommenden Jahren einschränken dürfte, spielen Banken auch hier eine bedeutsame Rolle. Gerade bei Themen wie Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Infrastruktur oder Mobilität erscheint ein Schulterschluss von privater und öffentlicher Finanzierung naheliegend.

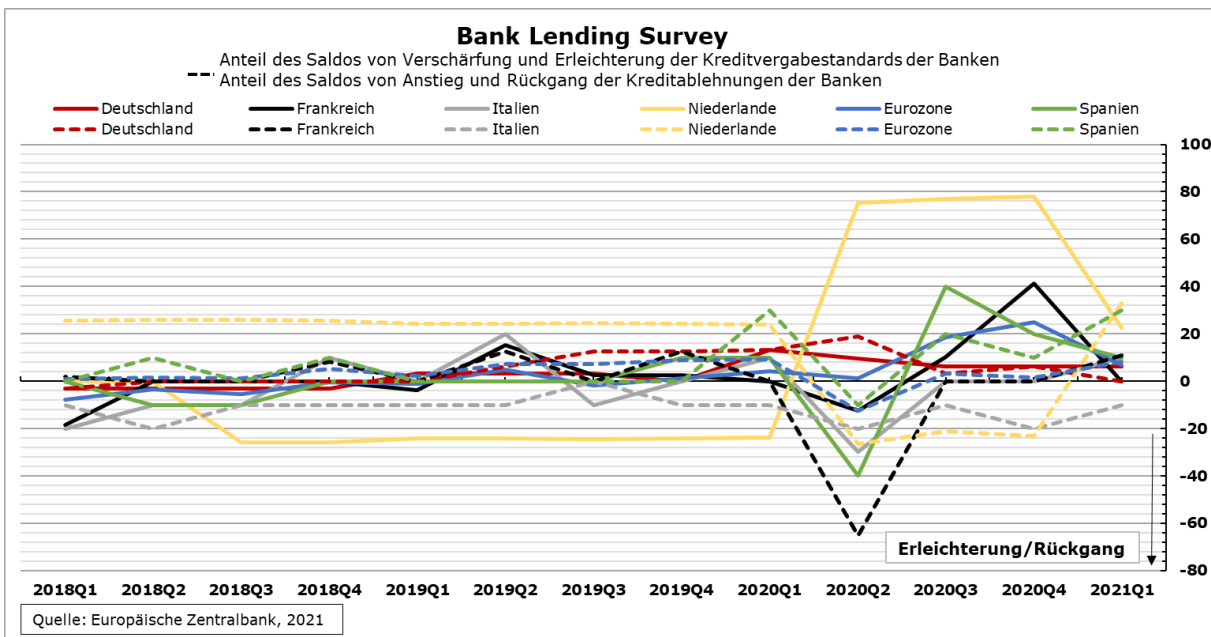
2.5 Exkurs: Unternehmensfinanzierung in der Eurozone

Kein einheitlicher Aufwärtstrend bei der Kreditvergabe und Zugang erkennbar

Beim Blick auf die Lage der Unternehmensfinanzierung in der EU mit Fokus auf die fünf größten Volkswirtschaften der Eurozone treten unterschiedliche Entwicklungen zutage: Das Kreditgeschäft in der Eurozone weist zwar im Durchschnitt gegenwärtig nach oben, doch verharrten drei der fünf größten Volkswirtschaften viele Jahre im negativen Wachstumsbereich – die Ausnahmen sind Deutschland und Frankreich. Einzig durch die COVID-Pandemie und den damit einhergehenden breit angelegten und volumenstarken staatlichen Förderprogrammen ist seit der Jahresmitte 2020 ein Aufwärtstrend erkennbar – allein in Frankreich mit einem Kreditwachstum von knapp 40 %.



Europaweit haben die im EZB-Survey befragten Banken auf die anhaltende Ungewissheit mit einer restriktiven Anpassung der Finanzierungsbedingungen reagiert bzw. erwägen dies. Während in Deutschland in den letzten zwölf Monaten der Kreditzugang problemlos verlaufen ist, weisen Frankreich und Spanien eine mitunter dramatische Verschärfung auf, die mit Auslaufen der staatlichen Unterstützungsprogramme nochmals anziehen könnte. Parallel weist die Abflachung der Kreditablehnungen gleichwohl auf eine Trendumkehr hin.



Rahmenbedingungen entscheidend für Wachstum

Die EU-weite Kreditvergabe und die Kreditzugangsbedingungen bedingen sich gegenseitig und so bleibt weiter zu beobachten, wie sich Angebot und Nachfrage in den kommenden Monaten in der EU entwickeln und inwiefern Restriktionen zunehmen werden. Entsprechend notwendig erscheint ein frühzeitiges Agieren, um die wirtschaftliche Erholung und das langfristige Wachstum in der EU nicht im Keim zu ersticken. Hier haben die nationalen und europäischen Aufbauprogrammen eine wichtige Rolle, können doch beispielsweise durch den EU-Wiederaufbaufonds NextGenerationEU notwendige Weichen gestellt werden, um den EU-weiten Investitionsstau bzw. die vielerorts existierende Investitionsschwäche aufzulösen. Gleichzeitig müssen aber auch die grundlegenden Rahmenbedingungen für Investitionen verbessert werden, indem unbürokratische Ansätze verfolgt und insgesamt beschleunigte Prozesse vorangebracht werden.

Auch für die Banken sind verbesserte Rahmenbedingungen wichtig, indem der regulatorische Rahmen dahingehend ausgelegt wird, dass diese ihr Kernkreditgeschäft weiter bedienen können. Dies erscheint umso wichtiger, da in der EU der Anteil von Bankkrediten an der externen Finanzierung von Unternehmen nach wie vor die entscheidende Rolle spielt (EU-Durchschnitt etwa 60 %, in Deutschland über 50 %, in Frankreich sogar knapp 80 %). Im optimistischen Fall könnten erste positive Entwicklungen bereits Ende des Jahres erkennbar sein – verlässlich scheint ein maßgeblicher Anstieg der Investitionen aber erst nach vollständiger Überwindung der pandemiebedingten Unsicherheiten.

3. Positionen des Bankenverbands zur Bundestagswahl

Die COVID-Pandemie bedeutet eine Zäsur in Wirtschaft und Gesellschaft. Ihre Auswirkungen sind noch nicht vollständig absehbar. Dabei trifft sie auf einen scharfen Strukturwandel: Der Klimawandel fordert eine andere Art des Wirtschaftens mit einem erheblichen Umbaubedarf in für Deutschland wichtigen Branchen. Die Digitalisierung der Wirtschaft schreitet weiter voran. Die Großmachtrivalität zwischen den USA bzw. dem Westen und China verschärft sich – mit weitreichenden Folgen für die Globalisierung, für die internationale Zusammenarbeit und für regionale Konflikte.

Die Wirtschaftspolitik darf diesen Wandel nicht verhindern, sondern muss ihn gestalten. Das bedeutet, den Strukturwandel aktiv durch eine Investitionsoffensive zu fördern. Deutschland muss mit einer Strategie für ein Jahrzehnt des langfristigen Wachstums aus der COVID-Pandemie kommen. Hier gilt es zunächst, das Produktivitätswachstum durch gute Rahmenbedingungen für eine Innovationsoffensive und die Verbreitung technischen Wissens in den Unternehmen zu fördern. Zudem muss sich Deutschland aktiv an der Nejustierung des Globalisierungsprozesses beteiligen. Und es muss ein besserer Rahmen für die digitale Transformation der Wirtschaft geschaffen werden.

Wachstum und Transformation müssen finanziert werden. In Deutschland wie in Europa vertraut die Mehrzahl der Unternehmen auf die Finanzierung durch Banken. Investitionen sind nur mit leistungsfähigen und gut regulierten Banken- und Kapitalmärkten finanzierbar. Dort wo sich infolge der COVID-Pandemie Regulierung als kontraproduktiv herausgestellt hat, muss gegengesteuert und das Aufsichtsrecht krisenfest gestaltet werden, damit Banken privater Kundschaft und Unternehmen zur Seite stehen können! Leistungsfähigkeit und Stabilität von Banken und Finanzmärkten müssen gleichberechtigte Ziele der Aufsicht sein. Zur Leistungsfähigkeit gehört Profitabilität. Der Regulierungsrahmen muss diese Profitabilität ermöglichen und darf sie nicht verhindern.

Die deutsche Wachstumsstrategie muss in eine gesamteuropäische Strategie eingebettet sein. Die europäische Zusammenarbeit muss weiter vertieft und die Souveränität Europas bei der Vertretung seiner Interessen gestärkt werden, um einen wirksamen Rahmen für die Finanzpolitik auf europäischer Ebene zu schaffen.

Weitere Informationen: [Positionspapier zur Bundestagswahl 2021 „Aufbruch wagen“](#).